



**Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU)**, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn  
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de), Homepage: [www.BBU-online.de](http://www.BBU-online.de)  
Facebook: [www.facebook.com/BBU72](http://www.facebook.com/BBU72)  
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

## BBU-Newsletter

13. Jahrgang, Nummer 02 / 2016

\*\*\*\*\*

### *Liebe Leserinnen und Leser,*

dieser Newsletter ist wieder randvoll mit Informationen. Aus Platzgründen konnten nicht alle Pressemitteilungen des BBU der letzten Zeit dokumentiert werden. Ihr findet aber alle unter <http://bbu-online.de/Presse.htm>.

30 Jahre nach Tschernobyl besteht weiterhin kein Grund zur Entspannung. Die Katastrophe vor Ort dauert an und bundesweit sowie international bedrohen uns weiterhin zahlreiche AKW und Atomanlagen. Und in vielen weiteren Umweltbereichen vom Artenschutz bis hin zur Zerstörung der Regenwälder besteht Handlungsbedarf. Da ist der BBU-Newsletter ein wichtiges Medium der unabhängigen Umweltschutzbewegung. Bitte verbreitet ihn und verlinkt ihn auf euren Internetseiten. Hier der Link zum BBU-Newsletter-Archiv: <http://bbu-online.de/Newsletter/Archiv.htm>.

*Engagierte Grüße von der BBU-Geschäftsstelle, von der BBU-Newsletter-Redaktion und vom BBU-Vorstand.*

#### **Fukushima und Tschernobyl mahnen! Sofortige Stilllegung aller AKW und Atomanlagen!**

Der BBU bittet um Spenden u. a. für sein internationales Engagement gegen Uranabbau, Atomanlagen und Atomtransporte. Sparkasse Köln/Bonn, IBAN: DE62 3705 0198 0019 00 26 66, SWIFT-BIC: COLSDE33. Über „Spendenportal.de“ kann auch online mit wenigen Mausklicks für den BBU gespendet werden: <https://www.spendenportal.de/geldspenden/projekt/11578>  
Und stets willkommen sind neue BBU-Mitglieder (Initiativen, Organisationen und Privatpersonen). Aufnahmeanträge unter <http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>

## 1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

### **Der BBU trauert um Marianne Fritzen**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) trauert um sein langjähriges Mitglied Marianne Fritzen. Das innige Mitgefühl des BBU gilt ihrer Familie, aber auch vielen anderen Menschen im Wendland und anderswo, die gemeinsam mit der unerschütterlichen Atomkraftgegnerin viele Jahrzehnte der Atomindustrie die Stirn geboten haben. Marianne wird fehlen. Und besonders ihre Mitmenschlichkeit und ihre Herzlichkeit werden fehlen.

Das wendländische Urgestein der Anti-Atomkraft-Bewegung ist am 7. März 2016 im Alter von fast 92 Jahren gestorben – nur wenige Tage vor dem 5. Jahrestag der Fukushima-Katastrophe. Marianne Fritzen war ein besonderer Mensch, der bundesweit Achtung und Anerkennung erfahren hat.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 08.03.2016. Vollständiger Text unter

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/08.03.16.pdf>.

(Foto: privat. Marianne Fritzen (vorne, 2. Von links, bei einem Anhörungstermin in Lüchow oder Dannenberg in den 1980er Jahren).



### **Landtagswahlen: Umweltpolitische Fragen des BBU**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hatte anlässlich der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt umweltpolitische Fragen an Parteien gerichtet. Die Antworten aus Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt hat der BBU auf seiner Internetseite veröffentlicht. Aus Rheinland-Pfalz haben nur

einige der befragten Parteien dem BBU geantwortet. Um in den jeweiligen Bundesländern einen wirklichen Vergleich zu ermöglichen, wurden daher nur die Antworten aus Baden-Württemberg und aus Sachsen Anhalt veröffentlicht. Für Baden-Württemberg hat der BBU gezielt nach den Themen sofortiger Atomausstieg und Stuttgart 21 gefragt, für Sachsen-Anhalt nach dem Ausstieg aus dem Braunkohleabbau und nach der Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Bahn. Weitere Fragen befassten sich mit folgenden Themen: Fracking, Bodenverbrauch, Naturschutzgebiete, Kohlekraftwerke, Schadstoffe in Innenräumen, Landwirtschaftspolitik, und Gewässerschutz. Außerdem wollte der BBU wissen, ob die Parteien eine finanzielle Unterstützung von Bürgerinitiativen befürworten.

Die Fragen und Antworten findet man aktuell noch auf der Homepage des BBU unter <http://www.bbu-online.de>.

Direktlink Baden-Württemberg:

<http://www.bbu-online.de/temp/Landtagswahl%20PDF%20B-W%202016.pdf>

Direktlink Sachsen-Anhalt:

<http://www.bbu-online.de/temp/Landtagswahl%20PDF%20Sachsen-Anhalt%202016.pdf>

## 2. Themenbereiche

### Atomenergie

#### **5 Jahre Fukushima: Weitere Proteste / Kazuhiko Kobayashi warnt vor weiteren atomaren Verseuchungen**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat am fünften Jahrestag (11. März 2016) der Atomkatastrophe im japanischen Atomkraftwerk Fukushima erneut zum weiteren Protest gegen die Atomindustrie aufgerufen. Der BBU fordert grundlegend die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Atomanlagen, und zwar weltweit.

Wie wichtig der Widerstand gegen Atomkraftwerke und Atomanlagen ist, begründet der japanische Atomkraftgegner Kazuhiko Kobayashi in einem Schreiben an die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. In dem Schreiben heißt es: „Alleine in den EU-Mitgliedsländern sind mehr als 100 Atomkraftwerke und deren Kontrolle ist den einzelnen Ländern überlassen. Im Falle eines großen Super-GAUs kann in einer kürzesten Zeit ein Großteil von EUROPA unbewohnbar werden und mehr als 500 Millionen Menschen werden direkt mit ihrem Leben gefährdet.“

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 11.03.2016. Vollständiger Text (incl. Der erwähnte Brief von Kazuhiko Kobayashi) unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/11.031.16.pdf>

#### **Westpol: Urenco beliefert belgische AKW-Betreiber**

#### **Jura-Professor: NRW-Landesregierung ist zum Handeln verpflichtet „Uranexporte aus Urananreicherungsanlage Gronau sofort einstellen“**

Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbände fordern als Reaktion auf einen Bericht des WDR-Magazins Westpol vom gestrigen Sonntag von der NRW-Landesregierung, sofort den Export von angereichertem Uran aus der Urananreicherungsanlage Gronau für die belgischen Pannereaktoren sowie für andere ausländische AKW einzustellen. Im Westpol-Beitrag hatte der Berliner Jura-Professor Hans-Peter Schwintowski ausgeführt, dass die NRW-Landesregierung sogar zum Handeln verpflichtet sei, weil durch einen Reaktorunfall in Belgien auch das Leben und die Gesundheit der Menschen hierzulande gefährdet sei.

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung (IPPNW, BBU u. a.) vom 14.03.2016. Vollständiger Text unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/14.031.16.pdf>

#### **200 Menschen bei Ostermarsch vor Urananreicherungsanlage Gronau**

Rund 200 Menschen starteten am Karfreitag trotz ungemütlichem Regenwetter an der Gronauer Urananreicherungsanlage die diesjährigen Ostermärsche. Mit Friedens- und Anti-Atomkraft-Fahnen versammelten sie sich vor dem Haupttor und zogen dann zur Marienkapelle an der Rückseite der Anlage, wo der noch ungenutzte Neubau eines 60.000 Tonnen Uranmülllagers zu sehen ist. Die Forderungen der OstermarschiererInnen sind friedliche Konfliktlösungen, der Stopp von Waffenexporten und ein konsequenter Atomausstieg auch und gerade in Gronau.

Aus einer Pressemitteilung der BBU-Mitgliedsorganisationen AKU Gronau und Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen vom 25.03.2016. Vollständiger Text unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/25.03.16.pdf>

#### **Der BBU begrüßt das Urteil gegen die EnBW-Schadensersatzforderung**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) begrüßt das heutige (06.04.2016) Urteil des Bonner Landgerichts, das eine Schadensersatzklage der EnBW Energie Baden-Württemberg AG abgewiesen hat. ENBW hatte rund 260 Millionen Euro Schadensersatz für die Abschaltung ihrer Atomreaktoren Neckarwestheim 1 und Philippsburg 1 nach der Katastrophe im japanischen Kernkraftwerk Fukushima gefordert.

BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz betont, dass die Stilllegung der Reaktoren richtig und notwendig gewesen ist. „Die Katastrophe in Fukushima hat 2011 erneut gezeigt, dass auch westliche Atomkraftwerke Katastrophen verursachen können. Die Stilllegung von Atomkraftwerken und Atomanlagen reduziert das Unfallrisiko und trägt zur Vermeidung von Atommüll bei.“

Der BBU ermutigt die zuständigen Gerichte, entsprechende Schadensersatzklagen der Energiekonzerne E.ON, RWE und Vattenfall ebenfalls abzuweisen.

Link zum Urteil des Bonner Landgerichts: <http://www.lg-bonn.nrw.de>; Direktlink:

[http://www.lg-bonn.nrw.de/behoerde/presse/zt\\_aktuell\\_020/Aktuelle-Pressemitteilung/index.php](http://www.lg-bonn.nrw.de/behoerde/presse/zt_aktuell_020/Aktuelle-Pressemitteilung/index.php)

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 06.04.2016. Vollständiger Text unter

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/06.041.16.pdf>

## Atomkraftgegner Udo Lindenberg wird Ehrenbürger in Gronau (Westfalen)



Rockmuseums spontan ein Anti-Atomkraft-Transparent. Hinter dem Transparent: BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) freut sich, dass der Rat der Stadt Gronau (Westfalen) rund 30 Jahre nach der Atomkatastrophe in Tschernobyl mit Udo Lindenberg einen ausgewiesenen Atomkraftgegner zum Ehrenbürger der Stadt Gronau erklärt hat. Der Rat der Stadt Gronau wählte den bekannten Rockmusiker und gebürtigen Gronauer in einer nichtöffentlichen Sitzung des Rates am Mittwoch (20. April 2016) einstimmig zum Ehrenbürger.

In Gronau befindet sich die einzige Urananreicherungsanlage in der Bundesrepublik. Die Auseinandersetzung um den Bau und Betrieb der umstrittenen Anlage begann etwa zeitgleich mit dem Karrierebeginn von Udo Lindenberg in den 70er Jahren.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 22.04.2016. Vollständiger Text unter

<http://bbu->

[online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/22.04.16.pdf](http://online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/22.04.16.pdf)

(Foto: privat. Udo Lindenberg signierte 2004 in Gronau bei der Eröffnung des

## Anti-Atomkraft-Proteste zum 30. Tschernobyl-Jahrestag

Am 30. Jahrestag der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) von der Bundesregierung und von den zuständigen Landesregierungen konsequente Schritte zum Schutz der Bevölkerung vor weiteren Atomkatastrophen gefordert.

Der BBU spricht sich dafür aus, dass den noch in Betrieb befindlichen Atomkraftwerken sofort die Betriebsgenehmigungen entzogen werden. Außerdem sollen auch die Uranfabriken in Gronau und Lingen sofort stillgelegt werden, damit mit ihren Produkten nicht länger Atomkraftwerke in aller Welt, inklusive Belgien, betrieben werden können. Global fordert der BBU einen noch umfassenderen Umstieg der Energieversorgung auf erneuerbare Energiequellen. Den Einsatz von Atomkraftwerken und sonstigen Atomanlagen lehnt der BBU auch international grundsätzlich ab. „Die Atomindustrie handelt weltweit. Und Tschernobyl hat gezeigt, dass die Folgen einer Atomkatastrophe von der Bevölkerung international getragen werden müssen. Eine weitere Atomkatastrophe darf es nicht geben“, so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

In den letzten Tagen haben anlässlich des 30. Tschernobyl-Jahrestages bereits mehrere Tausend Menschen im ganzen Bundesgebiet ihre Forderung nach der sofortigen Stilllegung aller Atomkraftwerke und Atomanlagen bekräftigt.

Am Wochenende wurde u. a. an den Atomkraftwerken Brokdorf, Biblis, Gundremmingen und Grafenrheinfeld sowie gegen das geplante Atommüll-Lager Schacht Konrad bei Salzgitter und das bereits im Betrieb befindliche Atommüll-Lager in Ahaus demonstriert.

Gestern, am 25. April, haben Anti-Atomkraft-Initiativen grenzüberschreitend vor der niederländischen Urananreicherungsanlage in Almelo für deren sofortige Stilllegung demonstriert. Und heute, direkt am Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe, finden weitere Aktivitäten der Anti-Atomkraft-Bewegung statt. Proteste und Gedenkveranstaltungen werden u. a. an den Atomstandorten Duisburg, Gronau, Lingen, Mosbach (AKW Obrigheim) und Neckarwestheim durchgeführt, aber auch in Städten wie Bonn und Hameln.

Leicht gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 26.04.2016. Vollständiger Text unter

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/26.04.16.pdf>

## Atommüll-Kommission: Ein gescheiterter Neustart

70 Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbände, darunter auch der BBU, haben Ende April die Teilnahme an einer Konsultation der Atommüll-Kommission abgelehnt. Weitere Informationen dazu unter <http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=16455>

## Tausende sagen nein zu Gorleben

Tausende folgten erneut dem Aufruf der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. (BI) und der Kulturellen Landpartie zu einer Widerstandspartie: am Freitag den 13. in Gorleben. Deutlich mehr noch als im letzten Jahr, als erstmalig im Rahmen der Kulturellen Landpartie im Wendland rund 8000 Menschen an den Atomanlagen zusammen kamen, um gegen das Festhalten am Erkundungsbergwerk als mögliches nukleares Endlager und für den sofortigen Atomausstieg zu demonstrieren.

Quelle und vollständiger Text der Pressemitteilung der BIU Lüchow-Dannenberg unter

<http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=16508#more-16508>. Die BI ist eine Mitgliedsorganisation des BBU.

## Atomkraftgegner kündigen Widerstand an.

### Symbolische Inspektion der Castor - Transportstrecke von Jülich nach Ahaus.

Ein breites bundesweit und international aufgestelltes Bündnis aus Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbänden weist mit einer symbolischen Aktion auf drohende Atommülltransporte durch Nordrhein-Westfalen hin. Am 21. Mai werden Anti-Atomkraft-Initiativen mit einer Streckeninspektion die Taten- und Konzeptionslosigkeit der politisch



Verantwortlichen im Umgang mit den insgesamt 152 Castoren verdeutlichen. Zum Auftakt wird es eine Kundgebung um 10 Uhr am Ahauser Bahnhof geben. Entlang der Transportroute werden sich Mitglieder verschiedener Anti-Atomkraft-Initiativen sammeln und zur zentralen Kundgebung auf dem Jülicher Schlossplatz reisen.

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung vom 13.05.2016. Vollständiger Text und weitere Informationen zum Aktionstag unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/13.05.16.pdf>  
<http://westcastor.blogspot.de>

### **Auch Mini-Atomreaktoren stoßen auf massive Proteste**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat aktuell die Überlegungen der EU-Kommission zum Ausbau der europäischen Atomprogramme scharf kritisiert. 30 Jahre nach Beginn der Tschernobyl-Katastrophe und angesichts der schon vorhandenen Atommüllberge fordert der international aktive Umweltverband stattdessen weiterhin den sofortigen und weltweiten Atomausstieg. Udo Buchholz vom Vorstand des BBU erklärt aktuell dazu: „Der Schutz der Bevölkerung vor Radioaktivität muss in ganz Europa absoluten Vorrang vor den Interessen der Atomindustrie haben. Und auch wer sogenannte Mini-Reaktoren plant muss mit massiven Protesten rechnen!“ Und der BBU fordert, dass geprüft und veröffentlicht werden muss, ob und welche französische, deutsche, britische und sonstige Energieunternehmen an den Überlegungen und Planungen der EU-Kommission beteiligt sind.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 17.05.2016. Vollständiger Text unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/17.05.16.pdf>

### **Internationaler Protest gegen belgische AKW**

Am 22. Mai 2016 findet im belgischen Maastricht eine Anti-Atomkraft-Demonstration statt. Zur Teilnahme wird u. a. auch in NRW aufgerufen. Informationen unter

<http://antiatomeuskirchen.blogspot.de/2016/05/05/22-mai-2016-maastricht-demo-stop-tihange-doeel>

### **29. Oktober: Demonstration am Atom-Standort Lingen**

Anti-Atomkraft-Initiativen aus Niedersachsen und NRW planen eine überörtliche Anti-Atomkraft-Demonstration, die am 29. Oktober 2016 in der Innenstadt von Lingen stattfinden soll. In Lingen sind u. a. das AKW Emsland und eine Brennelementefabrik in Betrieb. Auch der BBU unterstützt die Demonstrationspläne. Mehr dazu in den folgenden Ausgaben des BBU-Newsletter. Inzwischen haben über 200 Organisationen die Lingen-Resolution für die sofortige Stilllegung der Lingener Atomanlagen unterschrieben. Weitere UnterstützerInnen sind willkommen:

<http://bbu-online.de/AK%20Energie/Aktuelles%20AK%20Energie/Lingen-Resolution.pdf>

## **Energiewende**

### **Aufruf zum Aktionstag „Sonne, Wind und Speicher statt Kohle, Gas, Atom“, Zeit: Sonntag, 22.05.2016, 14 Uhr, Ort: Bohrturm in Nordick bei Ascheberg**

Mit dem Aktionstag „*Sonne, Wind und Speicher statt Kohle, Gas, Atom*“ wollen Klimaschutz- und Umweltgruppen aus Nordrhein-Westfalen ein Zeichen setzen für die Energiewende und gegen fossile Energien. Neben zahlreichen Mitmach- und Info-Aktionen soll eine Menschenkette um das Bohrgelände gebildet werden. Für die Anfahrt wird eine Fahrrad-Sternfahrt ab Drensteinfurt, Ahlen, Hamm, Werne, Nordkirchen und Ascheberg angeboten. Natürlich kommen die Teilnehmer auch mit der Bahn bis Mersch, Ahlen oder Hamm oder mit privaten Mitfahrgelegenheiten zum Treffpunkt.

Vollständiger Aufruf und weitere Informationen zum Aktionstag unter <http://www.klimabuendnis-hamm.de/?p=4129>

Auch der BBU hat den Aufruf zur Teilnahme an dem Aktionstag unterzeichnet.

## **Fracking**

### **BBU fordert Moratorium für das Erkundungsvorhaben für Erdgas in Ascheberg-Herbern**

Während die HammGas GmbH & Co KG versucht, ihre Pläne für die Gasförderung in Ascheberg-Herbern voranzutreiben, hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) ein Moratorium für das gesamte Vorhaben gefordert. Der Umweltverband begründet dies mit dem unbestimmten Förderverfahren, mangelnder Transparenz, Defiziten bei der Anlagensicherheit und einer umweltschädlichen Art der Bohrschlammentsorgung.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Bis heute ist völlig unklar, wie die vom Betreiber verwendete Methode ‚Tektomechanik‘ funktionieren soll und welche Umwelteinwirkungen von ihr ausgehen. Es wäre die Pflicht der HammGas gewesen, dies detailliert darzustellen. Und es wäre Aufgabe der Bezirksregierung Arnsberg gewesen, dies im Detail zu klären, da sie für die Zulassung des Betriebsplans verantwortlich ist. Doch es drängt sich der Eindruck auf, dass es der Behörde egal ist, wie ein Unternehmen Gas aufsucht und fördert.“ Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 21.04.2016. Vollständiger Text unter

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/21.04.16.pdf>. Aktuell:  
<http://www.ruhrnachrichten.de/staedte/herbern/Unternehmen-und-Gegner-im-Video-Die-Probe-Gasbohrungen-in-Herbern-beginnen:art1766.3020055>

### **BBU: Ablehnung eines Fracking-Verbots durch die Große Koalition und Verhandlungen zum Pro-Fracking-Recht sind nicht akzeptabel**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) hat das Abstimmungsverhalten der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD am Donnerstag als völlig inakzeptabel bezeichnet. Die breite Mehrheit beider Fraktio-

nen hatte gegen Anträge von GRÜNEN und LINKEN gestimmt, mit denen ein Verbot von Fracking erreicht werden sollte. Am gleichen Tag wurden Details der Verhandlungen bekannt, bei denen Vertreter der Großen Koalition sich über ein Pro-Fracking-Recht einigen wollen. Die im Raum stehende Übereinkunft bezeichnet der BBU als Freibrief für ein ungehemmtes Fracking in ganz Deutschland. Dies hätte für die Umwelt und die Bevölkerung katastrophale Folgen.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 29.04.2016. Vollständiger Text unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/29.04.16.pdf>

### **BBU: NRW-Ministerpräsidentin Kraft führt Bevölkerung beim Fracking in die Irre**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) hat der NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft vorgeworfen, die Bevölkerung beim Thema Fracking in die Irre zu führen. Als Reaktion auf die weit fortgeschrittenen Pläne der Koalition aus CDU/CSU und SPD im Bund, Fracking flächendeckend in Deutschland zu ermöglichen, hatte die Regierungschefin erklärt, dass es mit einer Regierung aus SPD und Grünen in NRW kein Fracking für unkonventionelle Lagerstätten geben würde. Doch der Landesentwicklungsplan, der derzeit aufgestellt wird und für den die Staatskanzlei die Verantwortung trägt, sieht in vielen Fällen die Anwendung der Fracking-Technik vor.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 30.04.2016. Vollständiger Text unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/30.04.16.pdf>

### **BBU: Druck von SPD-Fraktionschef Oppermann auf Fracking-Gegner in den eigenen Reihen politischer Tiefpunkt**

Als politischen Tiefpunkt hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) den Druck bezeichnet, den SPD-Fraktionschef Oppermann auf Fracking-Gegner in der eigenen Bundestagsfraktion ausgeübt hat. Statt zu akzeptieren, dass die Ablehnung von Fracking und die Zustimmung zu Anträgen der Opposition aus LINKEN und GRÜNEN eine Gewissensfrage ist, hatte er die Fracking-Gegner in der SPD-Fraktion vor der Abstimmung im Bundestag in der letzten Woche abgekanzelt. Das zeigt, dass der Gabriel-Intimus nicht die Interessen der Bevölkerung, sondern auf Biegen und Brechen die Interessen der Gasindustrie durchsetzen will.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 02.05.2016. Vollständiger Text unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/02.05.16.pdf>



## **Kohlepolitik**

### **Ende Gelände 2016. Kohle stoppen. Klima schützen.**

Zu Pfingsten haben im Lausitzer Kohlerevier umfangreiche Proteste gegen die Kohlenutzung stattgefunden. Hier zur Dokumentation ein erster Bericht (Quelle: <https://www.ende-gelaende.org/de/berichte>):

Grandios, weit über 3000 Menschen haben sich an den Aktionen zivilen Ungehorsams beteiligt. Bereits am Freitag haben über 1500 Menschen den Tagebau Welzow Süd blockiert, in dem sie Braunkohlebagger und Verladestation besetzten. Am Samstag zogen rund 2000 Menschen in Richtung Kraftwerk Schwarze Pumpe und legten die Versorgung mit Kohle lahm. Daraufhin wurde **Block A vollständig abgeschaltet und Block B auf 40% Leistung gedrosselt** – ein voller Erfolg!

Bis Sonntag Nachmittag harrten hunderte auf den Gleisen und Baggern aus. 48 h nach Beginn der ersten Blockade und 24 h nach dem das Kraftwerk vom Nachschub getrennt wurde, verließ der größere Teil der Aktivist\*innen die Blockadeorte nach dem dieser Erfolg ausgiebig gefeiert wurde. Auf den Gleisen wurden die letzten Blockierenden, die sich zum Teil an die Gleise gekettet hatten, bald darauf von der Polizei geräumt, während die Blockade der Bagger bis Montag in den frühen Morgenstunden gehalten wurde.

## **Lärm**

### **Rüdersdorfer Umweltdialog**

Vorträge zum Thema Lärm, die beim 2. Rüdersdorfer umweltdialog gehalten wurden, können unter <http://www.gesund-am-stienitzsee.de/?p=1353> nachvollzogen werden.

## **Müllverbrennung**

### **MVA Rostock: Änderungsgenehmigung durch OVG aufgehoben**

Pressemitteilung Oberverwaltungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern: Greifswald, den 05. April 2016

Der 5. Senat des Oberverwaltungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern in Greifswald hat heute die immissionschutzrechtliche Änderungsgenehmigung für die Betreiberin der thermischen Abfallbehandlungsanlage Rostock aufgehoben. Quelle und vollständiger Text: <http://www.gesund-am-stienitzsee.de/?p=1334#more-1334>

## Naturschutz

### **Einsprüche zur Rettung des Honigmoores bei Zeven**

Der BBU hatte im April darauf hingewiesen, dass die Stadt Zeven im Landkreis Rotenburg die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 82 „Zeven-Aspe - Teil III vorbereitet. Anlass für die Aufstellung des Bebauungsplanes ist die Absicht, Erweiterungsmöglichkeiten für die nördlich liegende Molkerei DMK (Deutsches Milchkantor) zu schaffen. Bis zum 15. April 2016 konnten Einsprüche gegen das Vorhaben bei der Stadt Zeven eingereicht werden. Der BBU unterstützt die örtliche Bürgerinitiative und hat auch selber einen Einspruch eingereicht. Weitere Informationen und Kontakt zur Bürgerinitiative unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/12.04.16.pdf>

## Ölindustrie

### **Wirtschaftsminister Duin und Ministerpräsidentin Kraft sollen nach Gronau kommen**

Zwei Jahre nach dem Beginn der Ölkatastrophe im Amtsvenn bei Gronau hat die GAL-Fraktion im Rat der Stadt Gronau (Grün Alternative Liste) vor den Folgen der weiteren Industrialisierung des Venns gewarnt. Nach Angaben der GAL müssen die Belange der Bevölkerung und des Naturschutzes zukünftig einen höheren Stellenwert als die ungebremste Erweiterung des Kavernenfeldes bekommen.

Aus einer Pressemitteilung der GAL-Fraktion im Rat der Stadt Gronau vom 12.04.2016. Vollständiger Text unter <http://www.stadtblatt-lingen.de/lebeninlingen-2/etwas-weiter-weg/19395-2-jahre-nach-beginn-der-oelkatastrophe-wirtschaftsminister-duin-und-ministerpraesidentin-kraft-sollen-nach-gronau-kommen>

## Tonergefahren

### **Laserdrucker**

Eine Pressemitteilung vom 30.03.2016 der BBU-Mitgliedsorganisation nano-Control zum Bericht der Stiftung Waren-test im Test-Heft April 2016 zum Thema "Schadstoffe und Emissionen von Laserdruckern" findet man unter [https://nano-control.de/pdf\\_htm/nC-Presseinfo-160330.pdf](https://nano-control.de/pdf_htm/nC-Presseinfo-160330.pdf)

## TTIP / CETA

### **BBU: Eindrucksvolle Demonstration gegen gegen TTIP und CETA in Hannover**

Neben vielen Initiativen und Verbänden hatte auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zur Teilnahme an der bundesweiten Demonstration gegen die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA aufgerufen. An der Demonstration in Hannover beteiligten sich nach Angaben des Trägerkreises rund 90.000 Menschen. "Der BBU sieht in der Demonstration auch die Forderungen nach internationalen, ökologisch ausgerichteten Wirtschaftsabkommen bekräftigt. Die Bundesregierung darf das nicht ignorieren", so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 23.04.2016. Vollständiger Text unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/23.04.16.pdf>

## Weltwassertag

### **Internationaler Weltwassertag 22. März 2016: „Water and Jobs“ - Wasser und Arbeitsplätze Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht - Personalausdünnung in den Umweltbehörden gefährdet den Gewässerschutz**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordert anlässlich des internationalen Wassertags (22.03.2016) die Politik und die Gesellschaft auf, sich mit Weitblick zugunsten des Gewässerschutzes zu entscheiden. Bei der Entscheidung zwischen „Schwarzer Null“ und dem „Schlanken Staat“ einerseits und dem notwendigen Personalbestand in Wasserbehörden und Umweltaufteilungen der Industrie müssen die Entscheidungen zugunsten des Gewässerschutzes getroffen werden - gemäß dem diesjährigen UN-Motto zum internationalen Wassertag „Wasser & Arbeitsplätze“. Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 22.03.2016. Vollständiger Text unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/22.03.16.pdf>

## **3. Termine**

**Umfangreiche Terminhinweise unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>**

**Impressum: BBU-Newsletter Nr. 02 / 2016**, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 21.05.2016. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: [Buchholz@bbu-bonn.de](mailto:Buchholz@bbu-bonn.de). In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.